Es ist wohl keine Übertreibung, wenn unser Landesverband wie kaum ein anderer mitgeprägt hat, was man Ostpolitik der SPD nennt.

Das Wort Ostpolitik enthält mehrere Faktoren: Das Verhältnis zum unmittelbaren Nachbarn, der DDR, zum nächsten Nachbarn Polen, zur Sowjetunion; nationale und internationale Fragen vermischen sich unter dem Gesichtspunkt der Friedenssicherung, der Abrüstung, der Entspannung; Realitäten anerkennen, um sie zu verändern, das ist beste sozialdemokratische Tradition.

Was immer jeweils erreicht wird, schafft die Notwendigkeit, die Ziele weiter zu stecken. Das schreibt sich so leicht, aber dahinter verbergen sich Auseinandersetzungen; in der Partei zwischen solchen, die weiter und schneller voranwollen und anderen, die Sorge haben, wir könnten den Kontakt zum Bewußtsein der Mehrheit verlieren, ohne deren Zustimmung wir nicht in die Lage kommen, in der Regierungsverantwortung auch zu tun, was wir wollen; in der Innenpolitik die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, der leicht mit Verdächtigungen und Verleumdungen zur Hand ist, hinter denen er die Unfähigkeit verbirgt, durch neues Denken die eigenen Fehlschläge zu korrigieren. Die Spannung fruchtbar werden zu lassen zwischen dem, was sein sollte und dem, was geht, wird eine wichtige Sache sein, nachdem wir die Führung der Landesregierung in Kiel übernommen haben.

Aber wer in der Opposition versäumt, die Ziele weiter zu stecken, wird in der Regierung schnell zum bloßen Verwalter herabsinken. Es ist interessant, die beiden Dokumente zu betrachten, in denen sich die Kontinuität unserer Politik ebenso zeigt wie die Veränderung, die wir erreicht haben, weit über unsere Erwartungen hinaus.

Die Entschließung Nr. 1 vom Januar 1966 und die Resolution über die Standortbestimmung sozialdemokratischer Deutschlandpolitik vom Januar 1986, beide datiert in Eutin, im Zustand der Opposition formuliert, beide Ausdruck des notwendigen Mutes, das Notwendige zu verlangen, auch wenn es nicht populär (oder noch nicht) ist.

Erfolge als Ergebnis schwerer und erbitterter Kämpfe schrumpfen im Laufe der Jahre um so mehr, als sie geschichtlich notwendige Entwicklungen darstellen und gewissermaßen selbstverständlich konsumierte Errungenschaften gebracht haben. Das ist der Ostpolitik nicht anders gegangen als es sozialdemokratischer Regierungsverantwortung in Kiel ergehen wird.

Im Rückblick sieht „Eutin eins" aus dem Jahre 1966 zahm aus. Was damals sensationell und aufreizend wirkte, zeigt nur die Weite des inzwischen zurückgelegten Weges, den zu weisen die schleswig-holsteinische Partei eben den Mut hatte.

Egon Bahr
Frieden und Entspannung – Tradition im besten Sinn

Opposition und Verantwortung

Was ist Fortschritt?

Ein Punkt vorweg: Die Bundesrepublik, so heißt es 1966 *„darf nicht von der wirtschaftlichen Ausnutzung der Kernenergie abgeschnitten werden"*. In diesem Satz spiegelt sich einerseits die

Sorge, der Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen könnte den nichtatomaren Staaten Nachteile bringen, was die friedliche Nutzung angeht (die Verhandlungen unter der Verantwortung des Bundesaußenministers Willy Brandt haben diese Sorge 1968 behoben, wie man heute weiß. Das hinderte Franz-Josef Strauß nicht daran, viel plastischer als wir, vom atomaren Super-Versailles zu sprechen, als die sozial-liberale Regierung als eine ihrer ersten Schritte den Nichtverbreitungsvertrag dem Bundestag zur Ratifizierung vorlegte), andererseits die Hoffnung, Atomenergie würde alle unsere Energieprobleme sauber und billig lösen. Auch was die Forderung nach Einführung friedlicher Atomkräfte anging, lag unser Landesverband an der Spitze. Wir müssen uns dessen nicht schämen; denn unser Standpunkt entsprach dem damaligen Erkenntnisstand der Wissenschaft.

Fast klassisch wird hier jenes Problem deutlich, wie abhängig Politik von der Entwicklung der Naturwissenschaften geworden ist. Politik muß ihre Entscheidungen auf der Basis des erreichten Wissens treffen. Sie kann neue Forschungsergebnisse nicht vorweg erfinden, mit ihren neuen Gefahren (siehe die zu spät erkannten, eben nicht narrensicheren Reaktoren und die Probleme der atomaren Müllbeseitigung) oder ihren neuen Chancen (siehe die Überwachung durch Satelliten aus dem Weltraum).

Der erwähnte Satz von „Eutin eins" führt zu der Notwendigkeit, mißtrauisch zu fragen, ob neue Ergebnisse der Wissenschaft wirklich Fortschritte bringen, und der ganzen Problematik, daß nicht entfunden werden kann, was erfunden worden ist (was selbst Konservative nicht daran hindert, die Chemiewaffen weltweit abschaffen zu wollen, aber zu zweifeln, ob dies für Atomwaffen erreichbar sei).

Unzweifelhaft hat der Elektromotor, den Marx nicht voraussehen konnte, unsere Gesellschaft stärker verändert als der erzwungene Thron-„Verzicht" Wilhelms II. Erst die Fähigkeit zur gegenseitig gesicherten Zerstörung hat die Idee der „Gemeinsamen Sicherheit" entstehen lassen. Die Wissenschaft hat die Politik getrieben, die durch sie geschaffenen Probleme im Grund verantwortungslos der Politik auf den Tisch gelegt: Seht zu, wie Ihr damit fertig werdet. Das war ja ganz schön, solange es das menschliche Leben, besonders das Arbeitsleben, erleichterte. Das bekommt eine ganz andere Qualität, wenn es das menschliche Leben bedroht.

Wer an die Möglichkeiten der Genmanipulation denkt oder an Zerstörung unserer Biosphäre, kann kaum das Prinzip ablehnen, daß eben nicht alles gemacht werden darf, was gemacht werden kann. Und welche Instanz soll darüber entscheiden, wenn nicht die Politik? Nicht die Freiheit der Forschung, aber die Freiheit, ihre Ergebnisse zu nutzen, muß beschränkt werden, wenn die Welt nicht untergehen will.

Die Freiheit des anders Denkenden und die Verweigerung der Toleranz gegenüber dem Intoleranten, das sind gerade in unserem Landesverband Prinzipien, mit deren Spannungen uns Jochen Steffen vertraut gemacht hat. Wer wüßte besser als

Sozialdemokraten, wie schwer es die Vernunft hat, mehrheitsfähig zu werden? Aber gerade die Liebe zum Menschen (ich kann es nicht weniger pathetisch sagen) verlangt die Herrschaft der Vernunft. National, europäisch und weltweit müssen Regeln, Kriterien festgelegt werden, durch die Politik natürlich, was gemacht werden darf und was nicht. Daß Politik nicht zum Gefangenen des militärischen Denkens werden darf, ist geläufig. Aber gilt das nicht ebenso für die Gefahren, die sich aus der Gefangenschaft eines technischen und wirtschaftlichen Denkens ergeben? Die Erfahrung seit jenem Satz in „Eutin eins" legt uns nahe, auch für die Naturwissenschaften, die Technik und die wirtschaftliche Entwicklung jene auf unser Menschenbild bezogenen Maßstäbe anzuwenden, die für die Entspannungspolitik damals entwickelt wurden.

Sicherheit ist der Kern des Friedens

„Die Bundesrepublik muß ein Vetorecht beim Einsatz atomarer Waffen ihrer Alliierten sowohl von westdeutschem Territorium aus als auch auf Ziele im gesamtdeutschen Territorium verlangen".

Dieser Satz in „Eutin eins" ist bis heute unerfüllt, obwohl er von der Gesamtpartei im Juni '66 übernommen wurde. Damals war wohl nicht so klar, daß er unerfüllbar ist. Es liegt in der Natur der Atomwaffe, daß ihre Besitzer die Entscheidung über ihren Einsatz nicht einmal mit dem besten Freund teilen, weil die Überschreitung der nuklearen Schwelle Existenzfragen für das eigene Volk aufwirft. Nicht einmal negativ, also durch ein Veto, werden wir ein Mitbestimmungsrecht über den Einsatz oder eben den Nichteinsatz von Atomwaffen erhalten. Die Klarheit darüber führte zu meiner im Bericht der Palme-Kommission formulierten Forderung: Keine Atomwaffen auf dem Boden von Staaten, die darüber nicht verfügen. Es hat nicht lange gedauert, daß unser Landesverband diese Forderung vertrat, aber ziemlich lange, bis sie, nach dem Verlust der Regierungsverantwortung in Bonn, von der Gesamtpartei akzeptiert worden ist.

Der folgende Absatz von „Eutin eins" verdient vollständig zitiert zu werden:

„Die westdeutsche Politik muß im Kontakt mit ihren Verbündeten – bei deren militärischer Anwesenheit in der Bundesrepublik und in West-Berlin – eine Entspannung durch militärische Verdünnung in Mitteleuropa anstreben. Entsprechende Leistungen müssen verdeutlichen, daß die Bundesrepublik diese Lösung nicht deshalb sucht, um sich den finanziellen Konsequenzen der militärisch-politischen Partnerschaft zu entziehen".

Offen gestanden weiß ich nicht, ob den Verfassern dieser Sätze voll bewußt war, welche atemberaubende Dimension sie eröffnet haben, brennend aktuell auch 22 Jahre später. Das wurde formuliert, bevor die SPD die Mitverantwortung der großen Koalition am Ende des Jahres 1966 erreicht hatte, bevor wir 1969 den Kanzler stellten, vor dem Moskauer Vertrag und dem Grundlagenvertrag, bevor der Begriff der gegenseitig ausgewogenen Truppenreduktion (MBFR) überhaupt

erfunden war und bevor das Wort Ost-Politik ebenso Eingang in andere Sprachen gefunden hatte, wie das Wort Perestrojka heute.

Im Kontakt mit unseren Verbündeten, die bleiben sollen, Initiativen entwickeln, um durch atomwaffenfreien Korridor oder chemiewaffenfreie Zone militärische Verdünnung in Zentraleuropa zu erreichen, ohne daß eine solche Politik Flucht aus dem burden-sharing wäre, das ist die heutige Zielsetzung. Wirklich aufregend ist, wie in dieser Zeit, sicher eben auch durch unser Handeln seit 1969, zu einer Aufgabe des Bündnisses geworden ist, was damals als defätistisch, bestenfalls als Spinnerei diffamiert wurde.

„Die westdeutsche Verteidigungspolitik und Rüstung müssen unmißverständlich deutlich werden lassen, daß sie nicht als Instrumente aggressiven Drucks gegen die Mächte des östlichen Lagers dienen sollen".

Dieser Satz von „Eutin eins" könnte Leitlinie unserer Haltung zu Modernisierungsplänen des Bündnisses nach dem Mittelstreckenabkommen sein.

Das wirklich Großartige an „Eutin eins" ist, daß die drei formulierten Ziele: Kontakte zwischen den Menschen, militärische Entspannung und wirtschaftliche Zusammenarbeit im inneren Zusammenhang dieser drei Faktoren gesehen wurden. Deutsch-deutsche Sicherheit und Ost/West-übergreifende Wirtschaftsstrukturen gehören zusammen. Soweit ist die CDU bis heute noch nicht, wenn man ihr neues Papier zur Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik ansieht, obwohl sie wenigstens einigen Nachholbedarf gedeckt hat.

Während die Genossen an „Eutin eins" bastelten, habe ich in Berlin an einem Buchmanuskript gewerkelt. Ohne jeden Kontakt haben wir dieselbe Frage gestellt:

„Welche Politik kann man sich vorstellen, jetzt, 1966, um noch zur deutschen Einheit zu kommen? Unserem Volk werden wir auch künftig helfen, in seinem Ringen um seine Einheit in Freiheit . . ."

hieß es in „Eutin eins". Auch ich kam zu der Antwort, daß kein Weg an der Anerkennung der Realität, der Staatlichkeit der DDR, vorbeiführen würde, wenn man mit dem Blick auf die deutsche Einheit einen Stufenplan zum Friedensvertrag anstrebt, durch den die europäischen Sicherheitsinteressen voll berücksichtigt sein müßten. Das Buch wurde auf dem Altar der großen Koalition geopfert, aber die Verwandtschaft unseres Denkens war mir klar, bevor 1972 die gegenseitige Wahl passierte, wie Björn Engholm (im Januar 1986 in Eutin) formuliert hat:

„Egon Bahr wählte Schleswig-Holstein, Schleswig-Holstein wählte ihn. Dies war ein Bekenntnis des Landesverbandes zu der deutschland- und ostpolitischen Position Egon Bahrs und ein Bekenntnis Egon Bahrs zur Politik des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein andererseits."

Seither habe ich mich in Schleswig-Holstein zu Hause gefühlt. Das war zu keinem Zeitpunkt gefährdet, obwohl ich nicht nur als Bundesgeschäftsführer (1976–1980) den NATO-

Doppelbeschluß (1979) als notwendig ansah, aber eben mit der von uns auf dem Berliner Parteitag beschlossenen *„auflösenden Bedingung"*: Wir wollten vier Jahre später ja oder nein sagen können, angesichts des dann vorliegenden Verhandlungsergebnisses, bevor stationiert werden durfte. Ich wollte verhindern, daß man uns betrügt. Und was dann kam, nach dem Amtsantritt Reagans und den dann folgenden Verhandlungen, das war jedenfalls nicht der ehrliche amerikanische Wille zu einem positiven Ergebnis (inzwischen nachzulesen auch aus amerikanischer Sicht bei: Strave Talbot, Raketenschach).

Im Herbst 1981 lehnte die Partei in Harrislee den Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses ab, während ich nur sagen konnte, daß das Nein der SPD immer wahrscheinlicher werde. Es war schon sicher, bevor Helmut Schmidt beweisen konnte, daß der Bundeskanzler im Herbst 1983 die Nachrüstung überflüssig machen könnte; denn seit dem Herbst 1982 war er nicht mehr Kanzler. In der Konsequenz der Absage an die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen fand sich die gesamte Partei zusammen. Man kann natürlich sagen: Wenn es damals schon die Vorschläge Gorbatschows gegeben hätte, wäre schon damals das Null herausgekommen; die „Nachrüstung" war ein unnötiger Umweg, ein Zeitverlust im europäischen Sinn. Für unsere Partei war der Doppelbeschluß ein Fehler, der nicht wiederholt werden darf.

Die Partei muß der Abrüstung Dynamik geben, jede Kompensation für die abgeschafften Mittelstreckenraketen ablehnen und auf einen Zustand drängen, in dem auch der konventionelle Krieg unmöglich gemacht wird: durch Stabilität auf niedrigem Niveau, durch strukturelle Angriffsunfähigkeit, wasserdichte Kontrolle und ausreichende Verteidigungsfähigkeit beider Seiten. Und hier haben die beiden deutschen Staaten ihre besonderen Aufgaben. Sie können ihnen nur gerecht werden, wenn ihre Existenz, ihre Friedensfähigkeit, ihre Unabhängigkeit im Rahmen ihrer Bindungen nicht bestritten werden.

Gemeinsamkeit statt Einheit

„Der Kontakt zwischen den Menschen aus beiden Teilen unseres gespaltenen Landes muß verstärkt werden", so heißt es in „Eutin eins".

„Zu diesem Zweck müssen unbeschadet des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik Vereinbarungen mit den Machthabern im östlichen Teil unseres Vaterlandes getroffen werden... Rechtspositionen dürfen sich nicht gegen jene Menschen auswirken, um die es uns geht."

Diese Sätze würde heute auch die CDU unterschreiben. Damals brachen sie Tabus. Damals wurde von *„der Zone"* oder von *„Pankow"* gesprochen, allenfalls von der *„sogenannten DDR"*. Auch in Eutin wagte man doch nicht, die Machthaber Regierung zu nennen, aber es war doch klar, nach den Passierscheinvereinbarungen in Berlin, daß die Vereinbarungen nur mit denen zu erreichen sind, die die Macht haben, auch wenn einem das nicht gefällt.

Der Kern des neuen Denkens damals bestand aber darin, daß Menschen wichtiger genommen wurden als die staatliche Einheit oder die verstockte Ablehnung der Staatlichkeit der DDR. Wenn Kiesinger als Kanzler der großen Koalition zwei Jahre später vom heute belächelten „*Phänomen*" sprach, so war das zu seiner Zeit als Fortschritt gemeint. Es dauerte bis zur ersten Regierungserklärung Ende 1969, ehe Brandt der DDR ihre Staatlichkeit als Vorleistung unseres ehrlichen Willens bestätigte. Daß Menschen wichtiger sind als Rechtspositionen, daß wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Osteuropa entwickelt werden, militärische Verdünnung in Mitteleuropa erfolgen sollen, das alles nur als „*Anfang einer neuen deutschen Politik*", das ließ kalte Krieger damals in Abgründe blicken. „*So etwas zu denken, hatten bisher nur evangelische Christen gewagt*", sagte Björn Engholm zu Recht im Jahre 1986 in Eutin. Die evangelische Kirche hat uns geholfen.

Im Juni 1966 konnte der Landesverband feststellen, daß alle seine wesentlichen Elemente von „Eutin eins" von dem Parteitag in Dortmund übernommen wurden. Paul Bromme legte noch nach: Statt des feinen Ausbaues der Beziehungen zu Osteuropa wurde nun direkt das Ziel der diplomatischen Beziehungen genannt. Sogar die Grundzüge einer friedensvertraglichen Regelung sollten erarbeitet und in der Zwischenzeit alle vertretbaren Maßnahmen ergriffen werden, um für die Menschen die Not der Teilung zu lindern. Das war zwar vorsichtiger als Eutin, aber es war die richtige Richtung, zumal die SPD klar bekannte: Die Berufung auf Rechtspositionen allein führt nicht weiter.

Zwanzig Jahre später spiegelt Eutin wider, daß es in der Zwischenzeit den Moskauer Vertrag, das Vier-Mächte-Abkommen, den Grundlagenvertrag gegeben hat, der Warschauer Vertrag mit seiner Bindungsklausel für die Oder-Neiße-Linie sogar über die Existenz der Bundesrepublik hinausreicht und das Münchener Abkommen mit Prag wirklich erledigt wurde.

„Eine schrittweise Verwirklichung dieser Politik wird uns in eine verschärfte geistige Auseinandersetzung mit den Kommunisten führen. Wir Sozialdemokraten haben das nicht zu fürchten".

Genau das ist eingetreten. Das gemeinsame Papier von SPD und SED, 21 Jahre später beschlossen, ist die Konsequenz, die sich aus der übergeordneten Gemeinsamen Sicherheit und den Regeln des ideologischen Streits, eben nicht der Versöhnung, ergibt, der weitergeht. Er darf aber eben nicht auf die Ebene des staatlichen Konfliktes gelassen werden.

Das Großartige an „Eutin eins" ist übrigens auch seine Kürze. Etwas mehr als eine halbe Druckseite brauchen die drei formulierten Ziele mit Erläuterungen. Die Partei darf sich daran ein Beispiel nehmen: Sie soll Ziele und Prinzipien formulieren und nicht Gesetzentwürfe mit allen Verästelungen. Zwei Seiten sind leichter zu vermitteln als 20. Die Kürze erzwingt Konzentration auf das Wesentliche. Welch ein Fortschritt läge im Rückschritt, nämlich einem Beschluß, daß Anträge zu wich-

tigen Themen nicht mehr als zwei Seiten lang sein dürfen. Je unwichtiger das Thema, um so längere Texte sollten erlaubt bleiben. Nicht nur die Genossen, die für Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich sind, unsere ganze Partei würde davon profitieren.

Die CDU, die das alles leidenschaftlich bekämpft und abgelehnt hatte, ist nun stolz auf Kontinuität und die Erfolge, die sie durch Fortsetzung unserer Politik reklamieren kann. Inzwischen gibt sie sogar Kredite nach Osten. Wenn wir das gemacht hätten, wäre zum Vorwurf des Ausverkaufs deutscher Interessen sicher noch dazu gekommen, daß wir sogar noch die „KZ-Wächter" schmieren.

Die *„Standortbestimmung sozialdemokratischer Deutschlandpolitik"*, „Eutin zwei", spricht nicht mehr von Wiedervereinigung. Sie negiert nicht ein Ziel, das nach dem vollständigen Zusammenbruch der Politik der Stärke oft zu einem heuchlerischen Gequatsche verkommen ist. Wenn heute die CDU dem Widerstand aus den eigenen Reihen gegen die Aufarbeitung ihres Nachholbedarfs in der Deutschlandpolitik nachgibt, und *„die Wiedervereinigung als vordringlichste Aufgabe"* wie Adenauer formuliert, gleicht sie dem zahnlosen Greis, der den köstlichen Biß in unreife Äpfel preist.

Wer nach vorn blickt, muß die gemeinsamen Interessen der beiden deutschen Staaten suchen. Das ist zuerst Sicherheit. Er muß Initiativen entwickeln, wie wir, die Deutschen, die über Atomwaffen nicht bestimmen, sie los werden. Wie wir, loyal in unseren Bündnissen, unsere Verbündeten gewinnen, um für Europa unzerbrechbaren Frieden zu schaffen, Angriffsunfähigkeit, Stabilität und wie wir, in wirklicher Verantwortungsgemeinschaft, unseren Beitrag zum Fundament des „Europäischen Hauses" leisten.

Wenn die Bundesregierung das versäumt, muß es die Opposition jedenfalls als Modell entwickeln. Die chemiewaffenfreie Zone und der atomwaffenfreie Korridor, das sind nicht Zeichen von Nebenaußenpolitik, sondern die formulierten Alternativen, was nötig wäre und wir als Bundesregierung sofort machen würden.

Dazu wäre es gut, die restliche Schuttbeseitigung vorzunehmen. Günther Jansen hat zur Einführung von „Eutin zwei" dazu gesagt: Weil

„die Frage danach, wie gerecht oder ungerecht Staatsgewalt ausgeübt wird, nicht dazu führen darf, die Existenz dieser Staatsgewalt zu leugnen – weil wir sonst ganz schnell wieder beim Konzept des ‚gerechten Krieges' wären",

müssen wir die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft ebenso regeln wie Elbe-Grenze, Auflösung von Salzgitter und offizielle Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer.

Wer den Bogen von „Eutin eins" zu „Eutin zwei" schlägt, stellt Kontinuität fest: Unser Landesverband eröffnet damals wie heute realistische Perspektiven, für Menschen wie für das geteilte Land, für Entspannung und Partnerschaft, für Zusam-

menarbeit in Frieden. Was wir erreicht haben, ist viel; was zu erreichen ist, nicht weniger.

Hans-Jochen Vogel hat im Präsidium unserer Partei, als wir am Montag danach Björn Engholm gratuliert haben, einen Satz gesagt, über den ich mich besonders gefreut habe. Er hat gewürdigt, daß unser Landesverband auf zwei Gebieten bahnbrechend für die Partei gewesen ist, für Entspannungs- und Abrüstungspolitik und bei der Kernenergie.

Es lohnt, weiter zu drängen.